

Nassauische Neue Presse – 21.12.2013

Bauplatzvergabe aus dem Zwielficht

Staatsanwaltschaft Limburg stellt Ermittlungen wegen Verleumdungen ein – Diskussionen gehen aber weiter

Die Staatsanwaltschaft Limburg hat ihre Ermittlungen in der Beselicher Gemeindeverwaltung und ihrem Umfeld (wir berichteten) eingestellt. Allerdings wirft gerade diese Tatsache Fragen zum Vorgehen des Gemeindevorstands bei einer Grundstücksvergabe an Bauwillige in Obertiefenbach auf.

Beselich. Im Herbst hatte die Staatsanwaltschaft Ermittlungen wegen möglicher Verleumdungen aufgenommen. Ein Beselicher Gemeindevertreter hatte Anzeige gegen eine Frau aus der Gemeinde erstattet, die ihm Mauscheleien bei der Vergabe von Grundstücken an Bauwillige vorgeworfen hatte. Nach Informationen dieser Zeitung ging es darum, dass angeblich ein Familienmitglied bevorzugt worden sei.

Die Ermittlung wegen dieser angeblichen Verleumdung hat die Staatsanwaltschaft jetzt wegen geringer Schuld eingestellt. Wie Joachim Herrchen, der Sprecher der Staatsanwaltschaft Limburg, erklärte, geht es bei Verleumdungsklagen unter anderem darum, nachzuweisen, dass der mutmaßliche Täter die Unwahrheit behauptet hat. Diesem Zweck dienen auch die Ermittlungen in der Gemeindeverwaltung. „Dabei wurden im Vergabeverfahren mehrere Auffälligkeiten festgestellt“, so Herrchen. Worin genau diese Auffälligkeiten bestehen, will er ausdrücklich nicht sagen.

Die Einstellung des Verfahrens bedeutet allerdings, dass die Behauptungen der angezeigten Frau nicht so sehr aus der Luft gegriffen waren, wie von ihrem Kontrahenten behauptet. Aus Sicht der Staatsanwaltschaft liegt bei ihr, wenn überhaupt, nur eine geringe Schuld vor. Auf der anderen Seite steht damit aber auch nicht fest, dass die Vorwürfe zur unkorrekten Bauplatzvergabe in Beselich stimmen. „Unsere Überprüfungen haben Anlass gegeben, zu schauen, ob Ermittlungen wegen des Vergabeverfahrens in Beselich nötig sind. Allerdings ergibt sich gegenüber keinem Beteiligten ein ausreichender Tatverdacht“, sagte Herrchen.

Derzeit werde weder gegen die anfangs beschuldigte Frau noch gegen den Mandatsträger, die Gemeinde Beselich oder einen Mitarbeiter der Gemeinde ermittelt. Dass die Staatsanwaltschaft nicht mehr an dem Thema arbeitet, bedeutet jedoch nicht, dass in Beselich Ruhe einkehrt. Schließlich könnte es immer noch sein, dass gegen die Vergaberichtlinien der Gemeinde verstoßen wurde. Sie fallen nicht in die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft.

Ludwig: Alles in Ordnung

Dieser Auffassung tritt Dieter Ludwig (CDU), der Erste Beigeordnete der Gemeinde, jedoch entschieden entgegen. „Wir haben den Vorgang in zwei langen Sitzungen intern untersucht“, betont er. Lediglich einige Stellungnahmen von Gemeindevorstandsmitgliedern stünden noch aus. „Aus meiner Sicht liegen die Fakten aber klar auf dem Tisch: Rechtlich ist alles in Ordnung“, sagt Ludwig. Bei den „Auffälligkeiten“, die die Staatsanwaltschaft anführt, habe es sich vermutlich um fiskalische Gründe für die Grundstücksvergabe gehandelt. „Dies war die erste Vergabe, bei der solche Gründe eine bedeutende Rolle gespielt haben. Vorher waren meist soziale Kriterien entscheidend“, räumt Ludwig ein.

Das ändere aber nichts am letztlich korrekten Verlauf. Dazu komme, dass niemandem ein Schaden entstanden sei. Schließlich herrsche in Beselich kein Mangel an Bauplätzen. Ludwig unterstreicht darüber hinaus, dass zum Zeitpunkt der Grundstücksvergabe im Mai 2012 lediglich eine grob gefasste „Orientierungsrichtlinie“ zur Bauplatzvergabe bestanden habe. Eine neue Richtlinie mit verbindlichen Regeln sei erst später in Kraft getreten.

Auch die Vermutung, dass Verwandte eines Gemeindepolitikers bevorzugt worden seien, kann der Erste Beigeordnete nicht nachvollziehen. „Mir persönlich war die Verwandtschaft nicht bekannt, auch wegen verschiedener Namen der Beteiligten, und den meisten Mitgliedern des Gemeindevorstands ging es ähnlich“, betont er.

Allerdings werden die Diskussionen in Beselich damit wohl kaum zu Ende sein. Ein Gemeindevertreter, der anonym bleiben will, meinte: „Wir befinden uns mitten im Bürgermeisterwahlkampf. Das trägt ordentlich zum Dorfratsch über die Bauplatzvergabe bei.“ (vt)